

Zeltweger

Nummer 103 www.kpoe-steiermark.at

NACHRICHTEN

Ausgabe 103, Jänner 2017, zugestellt durch Post.at

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

Was ein Kind braucht

Wenn ein Kind geboren ist,
braucht es eine Wohnung,
Kleider, eine Spielzeugkist,
Bonbons als Belohnung.
Murmeln und ein eigenes Bett,
einen Kindergarten, Bücher
und ein Schaukelbrett,
Tiere aller Arten.

Wälder, Wiesen, eine Stadt,
Sommer, Regen, Winter,
Flieger, Schiffe und ein Rad,
viele andre Kinder.
Mann und Frau, die Arbeit haben,
klug Vater und Mutter,
Länder, wo es Frieden gibt
und auch Brot und Butter.

Wenn ein Kind nichts davon hat,
kann`s nicht menschlich werden.
Dass ein Kind das alles hat,
sind wir hier auf Erden.

Peter Maiwald



*Mit diesem
Gedicht
wünschen
wir allen
Zeltwegerinnen und
Zeltwegern
alles Gute für 2017
Gesundheit,
soziale Sicherheit
und Frieden!*



*Ihre KPÖ-GemeinderätInnen Peter Lorberau und Marianne Wiesenegger
und die KPÖ-Zeltweg*

Der Widerstand geht weiter!

jetzt unterschreiben!

GEGEN TTIP
CETA & TiSA

www.volksbegehren.jetzt

Eintragungswoche:
23. bis 30. Jänner 2017
auf Ihrer Gemeinde/
Ihrem Magistrat

23. bis 30. Jänner:

Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TiSA! Unterschreiben Sie am Gemeindeamt

Wir lehnen diese Handelsabkommen ab, weil ...

- ... die Verhandlungen völlig undurchsichtig sind.
- ... dadurch der Druck auf die Landwirtschaft und auf die arbeitenden Menschen erhöht wird.
- ... durch internationale Schiedsgerichte der österreichische Rechtsstaat ausgehöhlt wird.
- ... der Druck für Privatisierungen größer wird.
- ... wir schon bisher Handel betrieben haben und diese weiteren Abkommen nur den Großkonzernen und der Agrar- und Lebensmittelindustrie nutzen.

Die Homepage der BetreiberInnen des Volksbegehrens:
<http://www.volksbegehren.jetzt>

Informationsveranstaltung der KPÖ: Verkauf der Zeltweger Gemeindewohnungen wäre ein Schaden für MieterInnen und Gemeinde

Die Gemeinde Zeltweg besitzt rund 540 Wohnungen. Schon länger gibt es Pläne diese zu verkaufen. Nun wurde der Bürgermeister von SPÖ, ÖVP und FPÖ beauftragt Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwertung vorzubereiten. Die KPÖ ist klar gegen den Verkauf. Deshalb haben wir im November zu einer Informationsveranstaltung mit **Ernest Kaltenegger** und **LAbg. Claudia Klimt-Weithaler** eingeladen.

Ernest Kaltenegger viele Jahre lang KPÖ-Wohnungsstadtrat in Graz und KPÖ-Klubobfrau im Landtag, Claudia Klimt-Weithaler, führten vor Augen, dass ein Verkauf der Wohnungen ein Schaden für die MieterInnen und auch für die Gemeinde wäre.

Es stellt sich die Frage warum jemand überhaupt die Wohnungen kaufen will. Ernest Kaltenegger führte aus, dass es seit der Finanzkrise 2008 einen verstärkten Zug in Richtung Immobilien als Anlageform gibt. Wer die Wohnungen kaufen will, tut dies in der Erwartung eines künftigen Gewinns. Das eingesetzte Kapital soll eine Rendite abwerfen. **Diese Rechnung kann nur auf Kosten der MieterInnen aufgehen.**

Gemeindewohnungen sind auch Teil der Sozialpolitik. Es ist wichtig den Menschen günstige Wohnungen anbieten zu können. Bei Problemen ist die Gemeinde ein schneller erreichbarer und wohl auch kulanterer Ansprechpartner als eine Hausverwaltung. Gemeindewohnungen sind auch ein wichtiges Preisregulativ: Wenn eine Gemeinde günstige Wohnungen anbietet, müssen die privaten Vermieter das bei ihrer Mietzinsgestaltung berücksichtigen, erklärte Claudia Klimt-Weithaler. Mit dieser Preisregulierungsfunktion ist es nach einer Privatisierung vorbei.

Gemeindewohnungen sind Teil des Gemeindevermögens und heben die Kreditwürdigkeit. Das hat Auswirkungen auf die Konditionen, zu denen eine Gemeinde Kredite bekommt. Das ist auch für die Finanzen der Stadt wichtig. Der Verkauf bringt nur einen Einmal Erlös, der schnell verbraucht ist. Der Schaden durch den Verkauf bleibt aber für immer bestehen.

Ernest Kaltenegger führte aus, dass in bestehende Mietverträge auch nach einem Verkauf nicht eingegriffen werden darf. Deshalb ist es wichtig, keinen neuen Vertrag zu unterschreiben. Bei Neuvermietungen sind die Bedingungen für die MieterInnen dann allerdings erfahrungsgemäß deutlich schlechter.

Zum Verkauf von Gemeindevermögen braucht es im Gemeinderat eine Zweidrittelmehrheit. Außer der FPÖ waren alle Zeltweger Fraktionen bei unserer Versammlung. Wir hoffen Nachdenklichkeit - und vielleicht auch ein Umdenken bewirkt zu haben.

MieterInnen werden mit Sanierung allein gelassen

Im Dezember hat der Bürgermeister den Gemeinderat informiert, dass der Stadtrat bald einen Beschluss zur Erstellung eines Verkehrswertgut-



achtens fassen wird. Damit wird der Wert der Wohnungen ermittelt. Danach können Verhandlungen mit potenziellen Käufern erfolgen.

Der Bürgermeister führte auch aus, dass die Gemeinde nicht in der Lage sei die notwendigen Sanierungen der Gemeindewohnungen zu finanzieren. Zur Frage der Sanierungen stellte Ernest Kaltenegger klar, dass es bei jeder Wohnung auch Mietzinsreserven geben muss. Reichen diese nicht aus, kann ein Antrag auf Mieterhöhung gestellt werden.

Müssen die Wohnungen saniert werden, wird dies auch der neue Eigentümer tun - und er wird diese Umbauten sicherlich nicht aus der eigenen Tasche bezahlen. Durch den Verkauf der Wohnungen lässt die Gemeinde die MieterInnen mit den künftigen Sanierungen und der künftigen Mietzinsgestaltung allein.

Man kann sicher sein, dass eine Gemeinde mit ihren GemeindefunktionärInnen, die ja bei der nächsten Wahl wieder gewählt werden wollen - bemüht ist, die für die MieterInnen günstige und sozial verträglichste Sanierungsvariante zu finden. Durch den Verkauf der Gemeindewohnungen stellen sich GemeinderätInnen aus ihrer Verantwortung für das zukünftige Wohl der MieterInnen.

Aus dem Gemeinderat

Kautionsfonds

Die Einführung eines Kautionsfonds zur Unterstützung von Menschen mit kleinem Einkommen ist uns schon lange ein Anliegen. Deshalb haben wir im Landtag und in Gemeinden Anträge gestellt. Nun hat das Land unser Anliegen umgesetzt. Ab 2017 gibt es einen einkommensabhängigen Kautionsfonds in Form eines Kredites mit kleinen Rückzahlungsraten. Die Abwicklung erfolgt über die Gemeinden.

In Knittelfeld gibt es auf Initiative der KPÖ schon länger einen Kautionsfonds. In Zeltweg wurde unser Antrag leider abgelehnt. Nun hat der Spielberger Gemeinderat beschlossen an der Aktion des Landes teilzunehmen. KPÖ-GR Peter Lorberau hat angefragt, ob sich auch die Gemeinde Zeltweg beteiligen wird. Wir hoffen auf eine positive Antwort.

Auflösung Kleinregion

Der Bürgermeister berichtete, dass in der letzten Sitzung der Verbandsversammlung „Kleinregion Aichfeld“, zu der auch Zeltweg gehört, der Beschluss zur Auflösung gefasst wurde. Zuerst haben SPÖ und ÖVP im Land auf die Bildung von Kleinregionen gesetzt. Kleinregionen wurden gebildet, ein eigenes Entwicklungskonzept (das sicherlich auch einiges gekostet hat) wurde in Auftrag gegeben und beschlossen. Dann ist man auf die - vielfach ungeliebten - Gemeindegemeinschaften gekommen. Nun werden die Kleinregionen einfach aufgelöst. Langfristige und sparsame Planung sieht wohl anders aus.

Land säumiger Zahler

Der Bürgermeister berichtete im Dezember, dass das Land im Jahr 2016 noch keinerlei Personalkosten für die Musikschullehrer bezahlt hat. Rund 900.000 Euro sind noch offen. Aufgrund dieser fehlenden Geldmittel sei das Girokonto der Gemeinde aktuell mit 400.000 Euro im Minus.

Dieses Minus kostet sicherlich einiges an Überziehungszinsen. Geld, das die Gemeinde bezahlen muss. Die Vorgangsweise des Landes ist nicht akzeptabel. Die SPÖ müsste sich bei dem für Finanzen zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer stark machen, damit so etwas nicht geschieht.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Pacher Renate. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

**Liebe Zeltwegerinnen
und Zeltweger!**

**Nur 0,8 Prozent
Pensions-
erhöhung sind
eine Frechheit!**

Nur um magere 0,8 Prozent wurden heuer die Pensionen erhöht. Für MindestpensionistInnen sind das gerade einmal 6,66 Euro mehr im Monat. Dazu kommt noch die Einmalzahlung von 100 Euro - das sind dürftige 8,33 Euro im Monat. Dieser Hunderter wirkt auch nicht nachhaltig, da er für die Berechnung der nächsten Pension nicht mitzählt.

Grundsätzlich sind auch prozentuelle Erhöhungen ungerecht, denn damit haben höhere Einkommen einen größeren Zuwachs. Fairer wäre ein fixer Mindestbetrag, z.B. mindestens 40 Euro mehr im Monat.

Die Nationalbank rechnet heuer mit einer Inflationsrate von 1,5 Prozent. Allein diese Zahl zeigt, dass 0,8 Prozent völlig ungenügend sind. Dabei ist die offizielle Inflationsrate nur die halbe Wahrheit. Gerade die Dinge die man täglich zum Leben braucht werden immer teurer - und Mieten sind ohnehin der Preistreiber Nummer Eins.

Übrigens: Die Statistik Austria hat nach 15 Jahren mit Jänner 2016 die Berechnung des Preisindex für Pensionistenhaushalte eingestellt. Dieser Wert war nämlich regelmäßig höher als die offizielle Inflationsrate. Nun wird dieser Wert ganz einfach nicht mehr erhoben.

Die PensionistInnen wurden schon in den vergangenen Jahren geschröpft: Zwischen 2000 und 2014 stiegen die durchschnittlichen Pensionen um rund 26,6 Prozent. Die Preissteigerung machte in diesem Zeitraum aber 33 Prozent aus. Das ist ein schlechender Pensionsraub!

Für viele PensionistInnen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, ist das tägliche Leben kaum mehr leistbar. Pensionen sind kein Almosen, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Eine Erhöhung von nur 0,8 Prozent ist eine soziale Schande...

**...meint Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau,
Tel: 0664/404 77 21,
Mail: p.lor@hotmail.com**





Die Wohnbeihilfe tun sie streichen...

Ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die Verschlechterung der Wohnbeihilfe stand die Krampusaktion der KPO. In mehreren Städten, so auch in Zeltweg, wurden Schokokrampusse und Krampuskarten verteilt.

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at

Aus dem Gemeinderat

Rathausumbau

Die ersten beiden Bauabschnitte des Rathausumbaus verursachten Kosten von rund 1,62 Mio. Euro. 2017 sollen die Heizung umgerüstet und die Archive im Keller saniert werden. Dafür werden die Kosten auf maximal 200.000 Euro geschätzt.

Fotoausstellung verlängert

Der Zeltweger Jubiläumspfad, die Sonder-Fotoausstellung anlässlich des 50-Jahr Jubiläums der Stadterhebung Zeltwegs, wird aufgrund des großen Zuspruchs auf unbestimmte Zeit verlängert.

Stromlieferung ausgeschrieben

Der Stromliefervertrag für die Stadtgemeinde wurde für die Jahre 2017 und 2018 neu ausgeschrieben. Bestbieterin war die Energie Steiermark mit einem Preis von 0,0825 Euro exkl. USt. pro kWh.

Wirtschaftsförderung

Für die Firma AURA BAU Ges.m.b.H. wurde gemäß den Förderungsrichtlinien der Stadtgemeinde eine Wirtschaftsförderung für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beschlossen. Die Förderung besteht aus einem vierjährigen gestaffelten Zuschuss zur Kommunalabgabe, die der Firma in den nächsten Jahren gutgeschrieben wird.



Einladung

Offenes Singen

“Richtig oder falsch, was sulls?” ist das Motto unserer sangesfreudigen Runde.

Jede/r ist herzlich eingeladen mitzusingen!
Volkslieder, Lieder der Friedens- und Arbeiter-Innenbewegung, Austro-Pop und Schlager, nichts ist vor uns sicher.

Der nächste Termin:

Donnerstag, 16. Februar um 17 Uhr
Cafe M&N
Weißkirchenerstraße 27
Herzlich willkommen!

Ing. Rudolf Pichler
Mitterweg2 - 8740 Zeltweg

ING. PICHLER e.U.
DIENSTLEISTUNGEN

- TEXTILDRUCK-
-Chauffeurdienste-

STEINER
Energie & Haustechnik GmbH
A-8740 Zeltweg, Hauptstrasse 169
Tel. 03577/22127
www.steiner-installationstechnik.at

ADEG
Hubmann
8740 Zeltweg · Hauptstraße 125
HIER STIMMEN QUALITÄT UND PREIS!

Zeltweger

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank! Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Das Budget der Gemeinde für 2017

24.000 Euro für Wohnungsgutachten

Die KPÖ hat dem Budget 2017 nicht zugestimmt. Hauptgrund dafür war, dass im Budget 24.000 Euro für die Erstellung eines Verkehrswertgutachtens für die Zeltwegger Gemeindewohnungen eingeplant sind. Ein Gutachter soll beauftragt werden den Wert der Wohnungen festzustellen. Das soll die Basis für Verkaufsverhandlungen sein. Damit werden die ersten Weichenstellungen in Richtung Ausverkauf unserer Wohnungen gestellt. Dem konnten wir auf keinen Fall zustimmen. Sinnvoller wäre es die 24.000 Euro in Wohnungsanierungen zu investieren und den ganzen Verkauf abzublasen.

Abgesehen davon gibt es auch Entwicklungen im Budget, die wir kritisch sehen. Die Gemeinden bekommen von Bund und Land nicht die nötigen Geldmittel, um die vorgeschriebenen Aufgaben gut bewältigen zu können. So steigen allein die Ausgaben der Gemeinde Zeltweg für den Sozialhilfeverband im nächsten Jahr wieder auf 2,36 Mio. Euro. Das sind um rund 240.000 Euro mehr als im Vorjahr. Laut Bericht des Bürgermeisters steht zu befürchten, dass sich diese Summe noch deutlich erhöhen wird.

Der neu ausverhandelte Finanzausgleich (Aufteilungsschlüssel der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) ist für die Gemeinden völlig ungenügend. Im Vorfeld wurde viel gefordert, es gab Resolutionen, es wurde auf den Tisch geklopft - und dann sind die Gemeinden wieder eingeknickt. 500 Millionen mehr wurden gefordert. 300 Millionen sind es geworden - Geld, das sich die Gemeinden aber mit den Ländern teilen müssen.

Steiermark weiter benachteiligt, Vermögenssteuer kein Thema

Auch die finanzielle Benachteiligung der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern (einige Bun-

Ordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	20,6 Mio.
Ausgaben	20,6 Mio.

Außerordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	3,0 Mio.
Ausgaben	3,0 Mio.

desländer bekommen pro Einwohner mehr Geld vom Bund als andere) wurde nicht beseitigt. Leider war auch die so dringend notwendige Besteuerung von Vermögen und Gewinnen überhaupt kein Thema bei den Finanzausgleichsverhandlungen.

Bedarfszuweisungen: Zeltweg ist „Nettozahler“

Unsere Gemeinde erhält vom Land für verschiedene Vorhaben rund 730.000 Euro an Bedarfszuweisungen. Aber an so genannter „Landesumlage“ zahlen wir rund 950.000(!) Euro an das Land zurück. Zeltweg ist also „Nettozahler“ an das Land. Bedarfszuweisungen sind auch ein „Druckmittel“ des Landes, Gelder werden auch nach politischem Gutdünken verteilt. Anstatt Bittgesuche an das Land zu richten, wäre es besser die Landesumlage würde abgeschafft - und die Gemeinde würden insgesamt finanziell besser ausgestattet.

Unser Nein zum Budget ist auch ein politischer Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden und den falschen Finanzausgleich. Denn wenn alles immer einstimmig beschlossen wird, und es keinen Protest gibt, wird der Eindruck erweckt, dass alles in Ordnung sei - und das ist in der Frage der finanziellen Ausstattung der Gemeinden leider überhaupt nicht der Fall. Das Budget wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Stolperfalle



Wir wurden auf diesen Kanaldeckel am Gehsteig Linderweg vor der Ortstafel aufmerksam gemacht. Am Abend ist diese Stelle schlecht beleuchtet und der vorstehende Deckel wird zur „Stolperfalle“. KPÖ-GR Peter Lorberau hat das im Gemeinderat eingebracht. Der Bürgermeister hat zugesagt das Problem an die Bauabteilung weiterleiten.

Sprechstunde

mit Sozialberatung

Dienstag, 21. Februar 2017

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr

Voranmeldung: 03512/ 82240

ELEKTRO
A. KÖFFEL

GmbH

Elektrische Licht- und Kraftanlagen • Elektrogeräte • Nachtstromspeicheröfen • Blitzschutzanlagen

8740 ZELTWEG, Bahnhofstraße 59, Tel. 03577/22252
office@elektro-koeffel.at Fax: 03577/26661
www.elektro-koeffel.at

KPÖ-Sozialfonds 2016



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Seitdem die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: „Es gibt diese Einkommensgrenze von 2.300 Euro für die KPÖ-MandatarInnen, denn wir sind der Meinung, PolitikerInnen sollen sich mit ihren Einkommen nicht von ihren WählerInnen abheben. Denn wie sollen sie mit riesigen Gehältern die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können?“

KPÖ-Sozialfonds 2016

Bezirk Murtal

Rest von 2015	109,27 Euro
Einzahlungen:	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.789,27Euro
Ausgaben:	
Für 146 Unterstützungsfälle:	4.720,00 Euro
Saldo: als Plus für 2016	69,27 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 1.781 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 107.042,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2016: 122.733,40 Euro für 913 Personen.
Seit 1998 wurden 13.557 Personen mit einer Gesamtsumme von 1,815.718,82 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

Landtag: Antrag auf Senkung der PolitikerInnengehälter von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt

Mit 1.1.2017 werden die Bezüge der PolitikerInnen wieder erhöht. Im Landtag erneuerte die KPÖ deshalb ihre Forderung, die Bezüge in der Landespolitik um ein Drittel zu senken. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpo.knittelfeld@aon.at

Erster Erfolg: Wohnunterstützung verbessert, aber kinderfeindliche Regelung bleibt – der Widerstand geht weiter

Mit 1. September trat unter dem Titel „Wohnunterstützung“ eine dramatische Verschlechterung der Wohnbeihilfe in Kraft. SPÖ und ÖVP haben ein höchst unsoziales Gesetz beschlossen. Seitdem haben sich viele verzweifelte Menschen an uns gewandt. Denn auf Wohnbeihilfe hatte nur Anspruch wer wenig Einkommen hat – und gerade bei den sozial Schwächsten wurde gekürzt.

Die KPÖ hat von Beginn an gegen dieses unsoziale Gesetz mobil gemacht. Wir haben in Graz eine Großdemonstration organisiert, mehrmals vor dem Landtag protestiert und eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen. Nun hat der Widerstand erste Erfolge gezeigt. Das Gesetz wird teilweise repariert.

Nun werden gegenüber der im September in Kraft getretenen Fassung einige Verschlechterungen zurückgenommen. Das wird vor allem BezieherInnen von kleinen Pensionen und Einkommen helfen. Auch die „Vermögensgrenze“ wird von 4.188 auf 10.000 Euro erhöht. Aber die heftig kritisierte Einberechnung der Familienbeihilfe als Einkommen bleibt weiterhin aufrecht.

Das ist für uns unannehmbar. Die Kinderbeihilfe ist für die Kinder gedacht. Sie als Einkommen zu werten, ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Das sieht auch der Grazer SPÖ-Alt-Bürgermeister Alfred Stingl so, der das Gesetz als „unhaltbar“ bezeichnet hat.



Sichtlich wenig Freude hatte SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus als KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ihr im Landtag mehr als 9.600 Unterschriften übergab. Wie konnte man nur ein so unsoziales Gesetz beschließen?

In der Landtagssitzung im Dezember hat die KPÖ die ersten 9.614 Unterschriften an die für die Wohnunterstützung verantwortliche SPÖ-Landesrätin Doris Kampus übergeben. Der Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz hat erste Früchte getragen. Aber solange die kinderfeindliche Einberechnung der Familienbeihilfe nicht zurückgenommen wird, zählen Kinder zu den Verlierern. Deshalb gehen unser Protest und die Unterschriftensammlung weiter.



Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

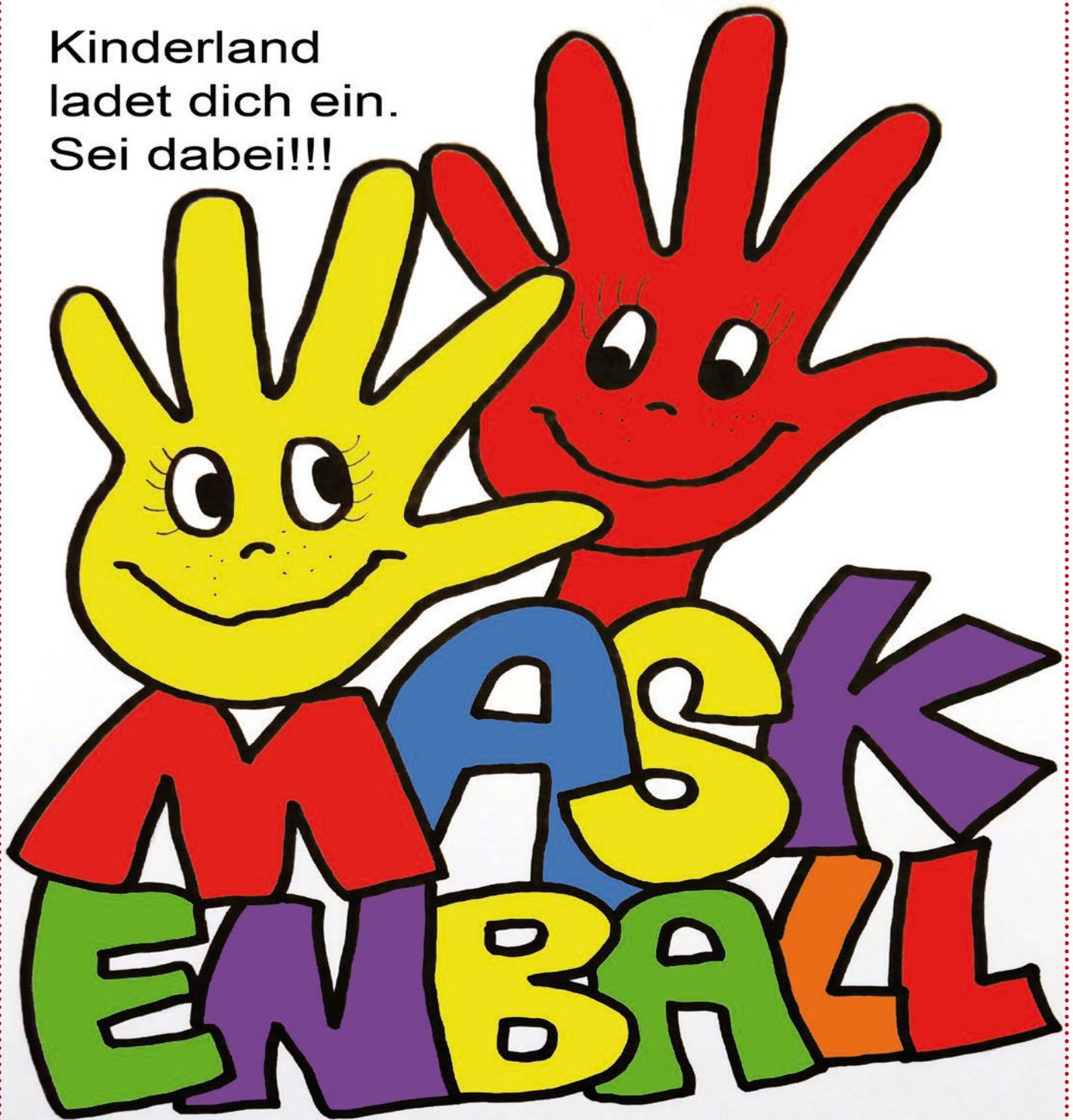
Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240

Kinderland
ladet dich ein.
Sei dabei!!!



Sonntag, 19.2.2017, Volksheim Zeltweg
14.30-17 Uhr. 2,5 Euro.

Angebote von Kinderland:

**Winterwoche
in St. Radegund!**

18. bis 24. Feb.

**Osterwoche
in St. Radegund!**

8. bis 14. April

**Pfingsten
am Turnersee!**

3. - 6. Juni

**Sommerferien
in St. Radegund
& am Turnersee!**

Informationen und Anmeldung:

Kinderland Steiermark: Tel.: 0316/82 90 70

Brigitte Krivec: 0650/38 33 972, Erika Friesacher: 03572/22 5 29